

Palästina Initiative Region Hannover

www.palaestina-initiative.de

29. Juli 2020

Presseerklärung zu den israelischen Annexionsplänen der besetzten palästinensischen Gebiete

Israelische Regierungen haben mehrfach erklärt, keine Gründung eines unabhängigen, lebensfähigen Staates Palästina zu akzeptieren. Dennoch fordert die deutsche Regierung seit Jahrzehnten die Regelung des Nahostkonflikts durch eine „verhandelte Zwei-Staaten-Lösung“.

Während 138 Mitgliedsstaaten der UNO längst den Staat Palästina anerkannt und damit ein klares Zeichen für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes gesetzt haben, hat sich die deutsche Regierung abhängig vom Wohlwollen der israelischen Regierungen gemacht und darf nun zusehen, wie auch noch die letzten Flecken Landes annektiert werden.

Eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung setzt bei beiden Konfliktparteien voraus:

- Anerkennung des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechtskonventionen durch beide Konfliktparteien
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker
- Die Akzeptierung der international anerkannten Grenzen
- Den politischen Willen zur Überwindung des Status quo von Besatzung, Landnahme und einseitiger Machtausübung im Wege politischer Verhandlungen
- Gegenseitige Respektierung der Verhandlungspartner
- Vertrauen in die Vertragstreue der Vertragspartner

Diese Voraussetzungen sind vor allem auf israelischer Seite, die politisch souverän ist und die Besatzungsmacht stellt, nicht zu erkennen:

Die Welt wurde in den letzten 25 Jahren Zeuge des Bruchs der Verträge von Oslo durch beschleunigten israelischen Siedlungsbau und Boykottierung erfolgreicher Endstatusverhandlungen zur Bildung des palästinensischen Staates bis zum Jahr 1999, wie ursprünglich vorgesehen, und Verletzung des Zollabkommens mit der EU durch Deklaration von Siedlungsprodukten als „Made in Israel“.

Wir wurden Zeugen von endlosen Verhandlungen unter Vermittlung amerikanischer Regierungen, des Nahostquartetts und bis 2016 des amerikanischen Außenministers Kerry, der wg. der Weigerung der israelischen Regierung, einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu akzeptieren, genervt aufgab. Das Ergebnis war die UN-Sicherheitsratsresolution 2334, die den völkerrechtlichen Status des Besatzungsgebietes noch einmal bestätigte.

Die PLO als die international anerkannte Vertretung des palästinensischen Volkes hat bereits 1988 und dann in den Osloer Verträgen den Staat Israel in den Grenzen vom 04. Juni 1967 anerkannt. Sie hat bis auf Gaza, das Westjordanland und Ostjerusalem auf alle Gebietsansprüche und damit auf 78% des historischen Palästina verzichtet. Das ist das entscheidende, Frieden ermöglichende Zugeständnis.

Ohne die restlichen 22% Landes in einem zusammenhängenden Gebiet mit eigenen Ressourcen und Außengrenzen ist ein souveräner Staat nicht lebensfähig.

Die Alternative ist dann nur ein gemeinsamer Staat zwischen Mittelmeer und Jordan mit gleichen Rechten aller seiner Bürger*innen.

Israel zeigt jedoch täglich, dass es nicht bereit ist, weder im Kernland seit 75 Jahren noch im annektierten Ostjerusalem seit 38 Jahren, den arabischen Bürger*innen gleiche Rechte zu gewähren, wie sie in westlichen Demokratien üblich sind. Die geplante Annexion der Siedlungen, der Verbindungsstraßen, des Jordantals und die totale Abhängigkeit der verbleibenden palästinensischen Enklaven vom Wohlwollen der israelischen Regierung sollen jetzt die koloniale, einseitige Expansion des Staates Israel fortsetzen, denn der „Staat Israel“ liegt lt. Art. 1 des israelischen Nationalstaatsgesetz im „Lande Israel“ ohne fest definierte Grenzen.

Es wird Zeit, dass die Europäische Union als Vertragspartnerin Israels und in ihr Deutschland auch im Nahen Osten das koloniale Zeitalter beenden und den Staat Israel auf seine international anerkannten Grenzen verweisen. Die einseitige Bindung an das Wohlwollen der israelischen Regierungen verhindert zukunftsweisende Konfliktregelungen und unterstützt eine radikal-nationalistische, ethnisch-religiös verbrämte Politik auf beiden Seiten.

Weder Menschenrechte noch Völkerrecht noch die deutschen Selbstverpflichtungen nach dem II. Weltkrieg sind mit der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung vereinbar.

Deshalb erwarten wir von unserer Regierung, dass sie neben ihrer Israel-Politik sich zusammen mit der PLO mit konkreten Maßnahmen für die Selbstbestimmung und gleiche Rechte der palästinensischen Bevölkerung einsetzt.

Um Druck auf die Bundesregierung und die israelische Regierung für eine konstruktive Politik auszuüben, **fordert die Palästina Initiative Region Hannover:**

- Bei einer Annexion bzw. auch nur Fortsetzung der Besatzungspolitik Aussetzung des Assoziierungskommens zwischen der EU und Israel,
- keine Behinderung mehr der Untersuchung und Anklage von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstößen in den besetzten Gebieten vor dem Strafgerichtshof in Den Haag durch die Bundesregierung,
- einen Kurswechsel der deutschen Politik gegenüber Israel: Staatsräson neu definieren, das heißt, die Interessen der palästinensischen Bevölkerung einbeziehen,
- nach 53 Jahren ein Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete,
- Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung,
- die EU soll die Initiative ergreifen zu einer Nahost-Konferenz unter Beteiligung aller Staaten der Region einschließlich der PLO im Sinne einer KSZE für die Region des Nahen Ostens.